



**Alexander Gauland** Der AfD-Politiker beleidigt Fussballer Boateng. Von Michèle Binswanger

## Der gefallene Aristokrat

Manchmal spricht das Unausgesprochene lauter als das Ausgesprochene. Fett titelte die «Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung» «Gauland beleidigt Boateng». Was der stellvertretende AfD-Vorsitzende Alexander Gauland über den deutschen Nationalspieler gesagt hat, findet sich im zugehörigen Artikel: «Die Leute finden ihn als Fussballspieler gut, aber wollen einen Boateng nicht als Nachbarn haben.» Was er nicht sagt, ist, woran sich «die Leute» stören: Boateng ist schwarz.

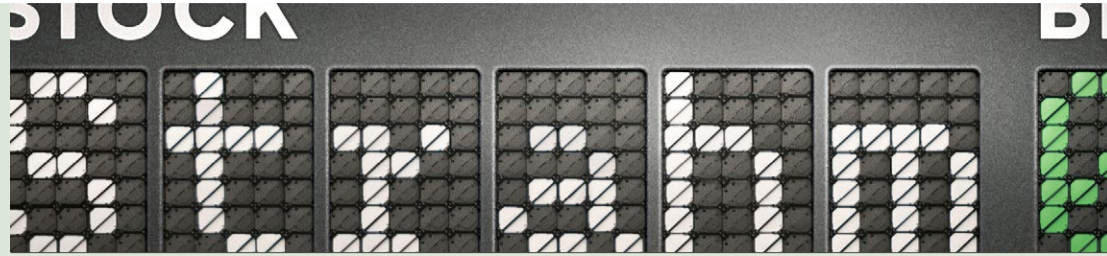
Dass eine Zeitung wie die FAZ aus einer Beleidigung einen Aufmacherartikel macht, ist ungewöhnlich. Aber Gaulands Aussage ist auch mehr als eine Beleidigung. Sie versteckt und offenbart die Gesinnung vieler AfD-Wähler, so wie die Mützen des Ku-Klux-Klans ihre Mitglieder verbergen und zugleich als Menschenfeinde outen.

In einer ersten Reaktion stritt der langjährige CDU-Politiker die Aussage ab. Dann behauptete er, sich nicht zu erinnern. Dann schob er nach, er habe Boateng nicht «als Persönlichkeit abwerten» wollen. Was eigentlich noch schlimmer ist. Denn damit gibt er zu, dass «die Leute» Menschen wie Boateng – ein gebürtiger Deutscher, Christ und laut FAZ ein angenehmer Nachbar – nur aufgrund eines einzigen Merkmals ablehnen: seiner Hautfarbe. Das ist für Deutschland ebenso ein Tiefpunkt wie für Gauland selbst.

Schon zuvor fragte man sich in Deutschland, wie der einst von der Linken geschätzte wertkonservative Intellektuelle zum Rechtspopulisten werden konnte. Warum der belesene, klassisch gebildete und druckreif sprechende Politiker mit dem aristokratischen Flair plötzlich der johlenden Masse nach dem Maul redete. In einem viel beachteten Essay mit dem Titel «Was ist Konservatismus?» warnte Gauland 1991 vor einer Liaison zwischen Nationalismus und Konservatismus. Dies könne zu nichts Gutem führen. Heute ist der Machtpolitiker bereit, im Europaparlament mit Pegida und dem Front National anzubandeln. Und denkt allem Anschein nach offen rassistisch.

«Politik als Handwerk hat er auf nahezu allen Stufen gelernt. Politik als Kunst – das bleibt ihm Lebensthema», schrieb der Historiker Michael Stürmer einst über den Politiker Gauland. Doch besonders kunstvoll waren Gaulands Äusserungen politisch gesehen nicht. Zwar belohnt die Dynamik sozialer und etablierter Medien Provokateure – je anstössiger ihre Aussagen, desto grösser die mediale Aufmerksamkeit. Doch parteiintern dürfte Gauland seine Position im Machtkampf um die Parteispitze geschwächt haben. Bei der AfD vermeidet man offenen Rassismus, um die ursprüngliche Wählerschaft von euroskeptischen und wirtschaftsorientierten Besserverdienern nicht zu vergraulen.

Die Flüchtlingskrise sei «ein Geschenk für die AfD», bemerkte Gauland vergangenen Dezember zynisch. Analog hofft man, sein Satz möge ein Geschenk sein für Deutschland. Denn es macht für alle sichtbar: Rassisten wählen AfD.



**Kolumne** Rudolf Strahm

## Der Mittelstand zahlt

Es hätte die längst fällige Steuerreform mit einer Gleichstellung von inländischen Unternehmen und ausländischen Holdinggesellschaften entstehen sollen: gerecht, ertragsneutral, Europa- und OECD-konform. Doch aus der Reformvorlage ist ein unübersichtliches Steuersenkungsprogramm geworden, das die Milliardenausfälle durch den Mittelstand bezahlen lässt.

Es geht um die dritte Unternehmenssteuerreform, abgekürzt UStR-III, die in dieser Junisession wahrscheinlich verabschiedet und wohl nächstes Jahr zur Abstimmung kommen wird. Ein so einschneidendes – man darf ruhig sagen: schamloses und einseitiges – Steuersenkungsprogramm hat die Eidgenossenschaft noch nie erlebt.

Ich gestehe, dass es mir schwerfällt, in kurzer, verständlicher Form den komplexen Sachverhalt korrekt und glaubwürdig darzustellen. Viele Fachgespräche mit Akteuren und die eigene dreizehnjährige Erfahrung in der Wirtschaftskommission (WAK) waren nötig, um die Einschätzungen zu erhärten.

Ursprung dieser Reform war die extreme steuerliche Bevorzugung von internationalen Unternehmen in nur fünf, sechs Kantonen: Holdinggesellschaften oder ähnliche Statusgesellschaften, also Hauptsitze von internationalen Konzernen, müssen dort nur ihre Gewinne aus den innerschweizerischen Verkäufen versteuern, aber nicht oder nur marginal die Gewinne aus ihren weltweiten Umsätzen. Dieses Holdingprivileg führte dazu, dass rund 24 000 Sondergesellschaften mit verschiedenen Holdingkonstruktionen ihren Sitz in die Schweiz verlegten, und zwar hauptsächlich in Steuerprivileg-Kantone wie Zug, Schwyz, Genf, Waadt, Nidwalden. Mit ihren steuerbegünstigten Konzernsitzen und Villenbesitzern in Seenähe weisen sie mittlerweile eine Monaco-ähnliche Wirtschaftsstruktur auf.

Seit 2005 verlangte die EU eine Korrektur; später auch die OECD, in der die Schweiz Mitglied ist. Lange Jahre ignorierte man diese berechtigten Forderungen. Doch der Druck der OECD wurde immer unausweichlicher. Man hätte einfach die Steuersätze der ausländischen Gesellschaften auf das Niveau der schweizerischen Unternehmenssteuern anheben können. Doch die Gegner drohten – wie üblich – mit dem Killerargument der Abwanderung. Als Kompromiss hätte man die Steuersätze für die Schweizer Unternehmen leicht senken und jene der ausländischen anheben und beide auf mittlerem, ertragsneutralem Niveau angleichen können. Auch dagegen wehrten sich die monacoisierten Steuerdumping-Kantone. Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf suchte verzweifelt nach einem Ausweg, die Steuerausfälle der UStR-III durch eine Kapitalgewinnsteuer zu kompensieren. Auch dieser Vorschlag wurde in der Vernehmlassung durch die Wirtschaft abgeschmettert.

### Beschönigende Schätzungen

Nun liegt eine Vorlage für die UStR-III vor, die dem Staat jedes Jahr 1,5 bis 2 Milliarden Steuerausfälle bringt. Und das zu einer Zeit, in welcher der Bund über zwei Milliarden in drei Jahren sparen muss und 20 von 26 Kantonen sowie fast alle Städte Defizite budgetieren. Wegen dieser finanziellen Osteoporose der öffentlichen Hand sind Kürzungen und Gürtel-enger-Schnallen bei Schulklassen, öffentlichen Diensten, Bauten und im Sozialen derzeit die Regel. Einen Teil der verursachten Steuerausfälle der UStR-III will der Bundesrat den Kantonen vergüten, indem er ihnen rund 21 statt 17 Prozent der direkten Bundessteuer überlässt. Konkret bedeutet das: Der Mittelstand zahlt mit der direkten Bundessteuer für die Steuergeschenke an die Unternehmen!

Offiziell heisst es, die UStR-III verursache etwa 1,5 Milliarden Franken Steuerausfälle. Die gleiche Steuerverwaltung, die solches beschönigend vorrechnet, hatte schon bei der vorangehenden Unternehmenssteuerreform-II unter Hans-Rudolf Merz einen Verlust von 80 bis 90 Millionen Franken jährlich vorausgesagt. In der Realität wurden es zehnmal mehr. Das verantwortliche Schlupfloch mit der sogenannten Agio-Besteuerung bleibt weiterhin wirksam. Das Bundesge-

richt hat in seinem Urteil vom 11. Dezember 2011 festgestellt, dass damals die Abstimmungsunterlagen dem Stimmbürger «die unerlässliche Transparenz nicht vermittelten» und «eine sachgerechte Meinungsbildung und -äusserung verunmöglichten». Diese Erfahrung sollte einem skeptisch machen.

Wenn sich der Nationalrat mit seinen Zusatzschlupflöchern durchsetzt, werden sich die Steuerausfälle noch weiter erhöhen. Er hat gegen den Willen des Bundesrats nämlich eine sogenannte zinsbereinigte Gewinnsteuer eingebaut, die ein dynamisches Moment in sich birgt: Grosse Aktiengesellschaften sollen den steuerbaren Gewinn um einen fiktiven Zinsbetrag auf dem überschüssigen Eigenkapital reduzieren können. Dieses neue Schlupfloch wird zur Folge haben, dass die Steuerberatungsfirmen und professionellen Steuerschlupfloch-Ingenieure die Konzernbilanzen so ummodellieren, dass von Jahr zu Jahr mehr Zinsabzüge auf dem überschüssigen Eigenkapital ermöglicht werden. Namhafte Spezialisten in der Verwaltung und im Revisionsbusiness warnen eindringlich vor dieser Steuersenkungsdynamik; und auch vor neuen politischen Schwierigkeiten mit der OECD. Kantone und Städte seien vor dieser versteckten Steuersenkungsdynamik gewarnt.

### Zuschancen von Steuerprivilegien

Die UStR-III steht unter einem schlechten Stern. Eingeleitet hat sie noch der glücklose Bundesrat Hans-Rudolf Merz. Danach wurde sie von den Finanzdirektoren der reichsten Steuersenkungskantone fast im Alleingang gestaltet; der Zuger Finanzdirektor war Präsident der Finanzdirektorenkonferenz.

Die jetzige Vorlage ist ein Produkt des sogenannten bürgerlichen Schultersschlusses. Der CVP-Präsident und die FDP-Präsidentin kommen beide aus den Tiefsteuerkantonen Zug und Schwyz. Die SVP wurde eingebunden, indem man die unproduktiven Ausgaben für Landwirtschaft und Armee vor Kürzungen zu schonen verspricht. Die Bauern wurden ins Boot geholt, indem man ihnen die Baulandgewinnsteuern von 400 Millionen pro Jahr erlassen will. Man hilft sich gegenseitig beim Zuschancen von Steuerprivilegien.

Die UStR-III ist eine Reform zugunsten der reichsten Kantone. Sie wird unter den Kantonen einen neuen Steuerwettlauf nach unten auslösen. Das untere Niveau von zwölf Prozent Gewinnsteuern wird bald unterboten werden; doch die finanzschwächeren sowie die grösseren Kantone mit Zentrumslasten wie Bern und Zürich werden nie, nie mithalten können. Eine korrekte eidgenössische Lösung bei einer korrigierten Vorlage wäre eine Untergrenze der Steuerbelastung für alle.

Die UStR-III mit dem eingebauten Steuerwettlauf nach unten wird den Kantonen und Städten Steuersubstrat entziehen, das ans Lebendige geht. Wenn die parlamentarische Steuersenkungskoalition ihre Vorlage in der Volksabstimmung durchbringt, wird sie alsbald mit weiteren, vorläufig aufgeschobenen Senkungsforderungen durchmarschieren.

Ich hoffe immer noch, dass die Verantwortlichen der Kantons- und Städtefinanzen erwachen, bevor sie im Korsett der ihnen aufgezwungenen Sparrungen gefangen werden.

## «Der Wettlauf nach unten wird Kantonen Steuern entziehen.»



**Rudolf Strahm**

Der ehemalige Preisüberwacher und SP-Nationalrat wechselt sich mit Politgeograf Michael Hermann und mit Autorin und Schauspielerinnen Laura de Weck ab.

**Technik** Das Pentagon setzt auf Disketten. Doch nur Mikrofilm trotz der Zeit. Von David Hesse

## Vorwärts ins Vergessen

Profis vertrauen Disketten. Vergangene Woche amüsierte sich die Welt über einen Bericht der sonst nicht für Heiterkeit bekannten Rechenschaftsbehörde der US-Regierung. Der Staat, hiess es da, gebe zu viel Geld für veraltete IT-Systeme aus – zum Beispiel für die Computerplattform, über welche das Verteidigungsministerium im Notfall die Nuklearstreitkräfte der USA in Bereitschaft versetzt. Das «Automated Command and Control System» baut offenbar auf eine IBM-Rechenanlage aus den 1970er-Jahren und verwendet Floppy Disks als zentrale Datenträger.

Floppy Disks! Im Bericht musste eine Fussnote jüngeren Lesern erklären, was das genau ist oder war: keine kompakte 3,5-Zoll-Diskette, wie sie das Abspeicher-Logo noch heute zeigt, sondern ein Achtzöller, Seitenlänge mehr als 20 Zentimeter, biegsam, eben «floppy». Speicherkapazität nach Aufrüstung: maximal 1 Megabyte.

Dass die USA auf überholte Technologie setzen, ist nichts Neues. 2014 berichtete der TV-Sender CBS, der Präsidentenbefehl zur Abfeuerung der nuklear bestückten Interkontinentalraketen «Minuteman III» werde über Rechner empfangen, die ebenfalls auf Acht-Zoll-Disketten abstützen. Man habe das System erst kürzlich überprüfen lassen, erklärte ein Generalmajor der verblüfften Reporterin im Beitrag; es sei «extrem sicher». Warum nicht? Schliesslich stammt die Technologie aus dem Kalten Krieg, sie ist nicht online, kaum zu hacken. «Vielleicht machen uns die Floppy-Speicher sicherer», vermutet auch der US-Kolumnist Jarvis DeBerry. Wer die Disketten stehle, habe keine Geräte, um ihren Inhalt zu lesen.

### Auch Lochkarten sind im Einsatz

Nukleare Floppy Disks. Amerika ist nicht mehr Weltspitze, was Technologie im Alltag angeht. Millionen Menschen bezahlen ihre Rechnungen per Check, oberirdisch verlegte Telefonleitungen knicken bei jedem Sturm. In ländlichen Gliedstaaten wie Idaho und Ohio werden die Wähler auch 2016 ihre Stimmen auf Lochkarten abgeben, die dann von Stanzmaschinen ausgewertet werden, einige davon übrigens hergestellt von einer Firma in St. Gallen. Mag an US-Universitäten die Zukunft erfunden werden; im Alltag hat man es öfter mit Faxmaschinen und Kohlepapier zu tun.

Beim Pentagon allerdings sind die Tage der Floppy Disk gezählt. Bis Ende 2017 soll das Benachrichtigungssystem so erneuert werden, dass die Achtzöller überflüssig werden. Dies vor allem, weil der Nachschub knapp und teuer wird. Die Fabriken, welche einst Disketten hergestellt haben, sind umgerüstet, ihre Maschinen verschrotet. Das treibt die Beschaffungskosten in die Höhe. 2015 gab der US-Staat 80 Milliarden Dollar für IT aus, davon 61 Milliarden für Betrieb und Reparatur.

### Oder doch Keramiktafeln?

Zurück bleiben die Disketten, millionenfach, in allen Formaten. Nicht nur im Keller des Pentagons, auch auf den Dachböden zahlreicher Haushalte auf beiden Seiten des Atlantiks. Vieles davon wird zerfallen, Magnetspeicherschrott. Der Rest wird nicht mehr brauchbar sein, weil passende Lesegeräte fehlen. Was nur auf Diskette ist, geht vergessen. Wahrscheinlich blüht unseren heutigen Daten in ein paar Jahren Ähnliches: Digitale Babyfotos, E-Bücher, MP3s und PDFs werden uns oder unseren Nachfahren abhandeln kommen. Die Haltbarkeit des Digitalen ist begrenzt.

Wer wirklich in die Zukunft denkt, setzt auf Technik, die viel älter ist als Floppy Disks. Zum Beispiel Mikrofilm. Der bleibt mehrere 100 Jahre haltbar und kann ohne Maschinen abgelesen werden. Beim Schweizer Kulturgüterschutz hält man Mikrofilm deshalb für das verlässlichste Speichermedium. Das deutsche Bundesamt für Zivilschutz lagert wichtige Zeugnisse auf 27 000 Kilometer Mikrofilm in einem bombensicher ausgebauten Bergwerksstollen bei Freiburg im Breisgau, dem «Zentralen Bergungsort der Bundesrepublik Deutschland».

Noch weiter geht das «Memory of Mankind»-Archiv in Österreich: Hier werden Textzeugnisse von Universitäten und zahlungskräftigen Privatpersonen bei 1200 Grad auf strahlungsresistente Keramiktafeln gebrannt und in einem alten Salzwerk eingelagert. Schön. So sind wir zurück bei Tontafeln und Hieroglyphen. Nur für den Fall, dass die Floppy-Disk-gesteuerten Nuklearwaffen die Welt in Asche legen.